

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 17 Amt Dönhoff 202 bis 207
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des reaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Heldenfamilie

Zurückhaltung im Krieg — aber
großes Portemonnaie

Seitdem Stahlhelm und Nazis sich in den Haaren liegen, erfährt auch das Bürgertum einige Wahrheiten, die zwar keineswegs neu sind, vor denen es sich aber die Ohren verstopft hat, so lange sie allein von den Linken bekanntgegeben wurden. Daß der deutsch-nationale Universitätsprofessor von Freytagh-Loringhoven während des Krieges russischer Offizier gewesen ist, daß Herr Rosenberg, Chefredakteur des „Völkischen Beobachter“, als Rigaer Student den Eintritt in das deutsche Heer ängstlich vermieden hat, das wußten wir längst. Aber bei dem Bürgertum waren das „marxistische Lügen“, bis man es sich in der But gegenseitig an den Kopf warf.

Nun hat der Stahlhelm aus Zorn über ein paar ausfällige Bemerkungen des Hohenzollernproffen Lumi ein neues, sehr bedenkliches Kapitel angeschnitten: Die Kriegsbeteiligung der Hohenzollern. Der Stahlhelm hat festgestellt, daß Lumi im Weltkrieg eine „bemerkenswerte Zurückhaltung“ beobachtet hat. Das ist richtig. Aber ist dieses Thema für den Stahlhelm weniger brenzlich? — Bei der Aufführung der Stahlhelmsfilme waren jüngst demonstrativ folgende Brüder Lumis zugegen: der ehemalige Kronprinz, der dicke Eitel-Friedrich und Oskar.

Die Kriegsergebnisse des Kronprinzen beschränkten sich auf das Generalquartier Charleville, und seine Siege hat dieser Herr dort jedenfalls nicht über männliche Franzosen davongetragen. Von irgendwelchen Kriegstaten des Eitel Fritz ist nicht das mindeste bekannt. Oskar ist der einzige der sechs Hohenzollernproffen, die überhaupt einmal — nämlich zu Anfang des Krieges — Pulver gerochen hat. Aber da bekam er postwendend Herzkämpfe und mußte sofort in die Heimat zurückgeschafft werden.

Während es bei Beendigung des Krieges kaum eine einzige deutsche Familie mit drei oder vier erwachsenen Söhnen gab, die nicht mindestens einen Toten oder Schwerverletzten zu beklagen gehabt hätte, trugen in der Familie Hohenzollern zwar ein Vater und sechs Söhne dauernd glänzende Offiziersuniformen, aber nicht einer von ihnen hat auch nur eine Schramme davongetragen!

Der einzige Kampf, den diese Familie siegreich beendet hat, ist der Kampf um die Fürstenabfindung gewesen! Wenn jetzt der Stahlhelm grollend dem Prinzen Lumi vorwirft, daß er die finanziellen und materiellen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nehme, die er lediglich dem erfolgreichen Kampf nationaler Kräfte gegen die Fürstenenteignung verdanke, so ist für jeden denkenden Menschen darauf die selbstverständliche Antwort: Seht euch bitte die Leute an, für deren Wohlergehen die „nationale Rechte“ Volk und Staat um viele hundert Millionen Mark geschädigt haben! Jetzt entlarvt der Stahlhelm selbst die Minderwertigkeit dieser angeblichen Puppen, für deren Portemonnaie keine Anhänger sich mit Löwenmut schlagen mußten. Jetzt bezichtigt er Lumi, aus purer Eitelkeit (dürfte väterliches Erbteil sein), weil seine Bilder und Reden von der Stahlhelmpresse nicht oft genug gedruckt wurden, zu den Nazis übergeschwenkt zu sein. Für die Riesenvermögen solcher Leute haben die Leute gefochten, die angeblich den Grundsatz vertreten: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ Freilich, ihre Organisationen beständen ja ohne diese Geldquelle nicht!

„Deutschland braucht keinen Baren“

Ein deutliches Wort gegen die Papenheimer

Eigener Bericht des „Vorwärts“

München, 27. Oktober.

In Landau äußerte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held am Mittwoch in einer Wählerversammlung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei sich scharf gegen die

politischen Methoden der Reichsregierung, die von Tag zu Tag mehr abwärtschaffe.

Held erklärte, er glaube nicht, daß sich das deutsche Volk auf die Dauer so behandeln lasse, wie ein halb-kultiviertes Volk. Es möchte den Leuten so passen, die jetzt in der Reichsregierung sitzen, wenn man die Bauern, den Mittelstand und die Arbeiter zur Seite stellte und einer dünnen Herrenschicht die Führung auf lange Zeit überlasse. Einen derartigen Zustand werde sich die

Reinheit des deutschen Volkes unter keinen Umständen gefallen lassen.

Der bayerische Ministerpräsident nahm dann Stellung zum Parlamentarismus als Regierungssystem. Er, so erklärte Held, sei der Auffassung, daß der Reichstag das verfassungsmäßige Instrument des deutschen Volkes sei. Die gleichen Fundamente wie der Reichstag habe auch der Reichspräsident, und es sei völlig falsch, immer davon zu sprechen, daß der Reichspräsident größere Befugnisse haben müsse, als der Reichstag.

Deutschland brauche keinen Baren und es könne ihm nicht geholfen werden mit einer Art Facismus.

Die „grundtätlich neue Staatsführung“ der Regierung Papen sei nichts anderes als der alte

Liberalismus in einer neuen konventionellen Form. Wer einem Lande ohne Not einen Reichskommissar schicke, mache eine komische Figur, wenn er von sich behaupte, er sei Föderalist.

Die Geschlagenen

Nicht nur Papen und Bracht, sondern auch Kerrl und Kube

Im Rahmen einer Betrachtung über das Urteil von Leipzig veröffentlicht unser Stuttgarter Parteiblatt, die „Schwäbische Tagwacht“, folgende interessante Erinnerungen: „So hat die Regierung Papen eine Niederlage erlitten. Diese Niederlage ist aber auch zugleich ein politischer Schlag für die Nationalsozialisten, die nach ihrem eigenen Eingeständnis die wahren Väter der Preußenaktion gewesen sind.“

Wie rühmte sich doch Herr Kerrl,

der preußische Landtagspräsident, am 20. Juli, am Tage des Gewaltstreiches, unter dem tosenden Beifall seiner Leute in der Stuttgarter Stadthalle:

„Sehr rasch hat die Reichsregierung auf meinen gestrigen Brief an Papen hin zugegriffen, und zwar auf eine Art und Weise, die ich besonders begrüße. Jetzt ist endgültig Schluß mit den Braun und Severing und niemals werden sie wieder nach oben kommen, ebensowenig wie das Zentrum.“

Der „NS-Kurier“, dem wir diese Ausführungen entnehmen, bemerkt dabei: „Die Stadthalle glich nach diesen Worten einem wahren Hegenkessel der Begeisterung, nachdem Kerrl noch auf die unsinnigen marxistischen Lügen einging, das Kabinett Papen sei ein Kabinett der Nazi-Barone.“

Zur gleichen Zeit erklärte in einer Hamburger Rede der

Führer der preußischen Nazifraktion, Kube,

indem er sich als den „Führer des neuen Preußen“ vorstellte und den Hamburger Nationalsozialisten wünschte, daß sie auf dem gleichen Wege die politischen Verhältnisse ändern, wie es durch Papen in Preußen geschehen sei:

„Die Regierung Papen und ihre Taten sind nur möglich gewesen durch die Nationalsozialisten. Deshalb muß der NSDAP das Verdienst der Absetzung der Preußenregierung zugesprochen werden.“

Und der (Stuttgarter) „NS-Kurier“ selber schrieb am Tag des preußischen Gewaltstreiches, daß er Papens Eingreifen in Preußen „mit außerordentlicher Genugtuung“ begrüßt: „Die Aktion löst stürmische Freude und grenzenlosen Jubel aus. Man ist allgemein der Ansicht, daß sich die seitherigen Nachhaher vor dem Staatsgerichtshof eine eklatante Niederlage holen werden. Das Urteil des Staatsgerichtshofes wird bestätigen, daß die Schwarzen und Roten in Preußen wider Recht und Verfassung ihre Macht ausübten. Vor der Nation und der Geschichte aber ist Papen eindeutig gerechtfertigt.“

Damals waren die Nazis und die Papenheimer ein Herz und eine Seele.

Die Abfuhr, die der Staatsgerichtshof erteilte, trifft demnach die nationalsozialistischen Antreiber in gleicher Schwere wie die ausführenden „seinen Leute“ mit der Freiherrnkrone!

Ein japanisch-russischer Nichtangriffspakt soll in Verhandlung gezogen werden. Zugleich ist nach japanischer Meldung noch geplant: Abschluß eines Petroleum-, Kohlen- und Erzlieferungsvertrages mit Rußland, Festlegung der russisch-mandschurischen Grenze.

Das rechtmäßige Preußenministerium



Unser Bild zeigt die Sitzung des preußischen Kabinetts. Sitzend von links nach rechts: Justizminister Schmidt, Landwirtschaftsminister Steiger, Wohlfahrtsminister Hirtleifer, Ministerpräsident Braun, Handelsminister Schreiber und Innenminister Severing. Stehend von links nach rechts: Kultusminister Grimme, Ministerialdirektor Brecht, Ministerialdirektor Badt und Finanzminister Klepper.

Papen hat keine Zeit

DBB. muß ohne Regierungsvertreter tagen

Heute vormittag begann im großen Festsaal der Kroll-Oper in Berlin der achte ordentliche Bundestag des Deutschen Beamtenbundes. Die Tagung ist von mehr als 400 Delegierten aus allen Teilen des Reiches und einer großen Anzahl von Gästen sowie Vertretern befreundeter Organisationen besucht. Der Sitzungssaal weist reichen schwarzrotgoldenen Flaggenschmuck auf.

Der Bundesvorsitzende Klügel teilte in seiner Eröffnungsansprache mit, daß zu dieser Tagung der größten Beamtenspitzenorganisation auch die Reichsregierung eingeladen worden sei, die jedoch darauf verzichtet habe, der Einladung Folge zu leisten. Die Reichsregierung hat ihre Fernbleiben mit geschäftlicher Behinderung entschuldigt.

Diese Mitteilung wurde mit stürmischen Zurufen „Hört, hört!“ und „Handwerkerstagung!“ erwidert. Der Bundesvorsitzende gab daraufhin der Auffassung Ausdruck, daß er keinen Zweifel

an der Richtigkeit der Entschuldigungsgründe der Reichsregierung habe, dennoch aber bedauere, daß die Reichsregierung die Gelegenheit nicht wahrgenommen habe, mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes aus allen Beamtengruppen und Bauen Deutschlands in persönliche Fühlung zu treten. Mit der Begrüßung der Vertreter des saarländischen Beamtenbundes verband der Bundesvorsitzende den Wunsch, daß bald die Zeit kommen möge, wo das Saargebiet wieder zum Mutterlande heimkehren und Oesterreich den Anschluß an das Reich finden kann. Besondere Grüße widmete er den Vertretern aus Remel und Danzig, denen ein hartes Friedensdiktat ihr Mutterland entrißen habe.

Nach der Wahl des Regierungsrats Dietrich-Kassel zum Leiter der Verhandlungen des Bundestages nahm der Bundesvorsitzende Klügel das Wort zu seinem Vortrag über „Die Politik des Deutschen Beamtenbundes“, über den wir nach berichten werden.

Die Hochschule vor dem Umbau?

Studentisches Werkjahr / Akademisches Freijahr / Planmäßige Auslese

Vorsichtige Schätzungen rechnen gegenwärtig mit einem Heer von 45 000 stellunglosen Akademikern. Zu dieser Zahl kommen jährlich etwa 20 000 weitere, die ihre Studien abgeschlossen haben, aber auf dem überfüllten Markt keine Stellung finden werden.

Diese Anzahl soll durch Richtzahlen der volkswirtschaftlichen Entwicklung auf dem akademischen Markt festgestellt werden. Die übergroße Anzahl der zu den Hochschulen drängenden Abiturienten soll durch eine Reihe von Maßnahmen auf die festgesetzte Zahl herabgedrückt werden, wobei es gilt, die Begehrtesten herauszufinden.

Die planmäßige Auslese übergibt also den Hochschulen die letzte Entscheidung, wer als Student zugelassen werden soll. Damit soll das Abiturium, das heute meist eine unmögliche verfrühte Berufsentscheidung ist, wieder seinen

Sinn als abschließendes Schulteam erhalten. Andererseits sollen fähige junge Leute ohne Abiturium — etwa junge Arbeiter oder Hochschulrler der verschiedensten Berufe — leichter als heute den Weg zur Hochschule finden, wodurch die bisher noch fast ausgeschlossenen Volksschichten Zugang zu den Hochschulen erhalten.

Die Reformpläne des Deutschen Studentenwerkes und Dr. Schairers sind eine äußerst geschickte Zusammenfassung und Durcharbeitung all der vielen Forderungen und Gedanken, die die Studenten selber in ihren jahrelangen Bemühungen um eine Hochschulreform aufgestellt haben.

Aus den Kreisen der Sozialistischen Studentenschaft wird uns zu den Reformplänen Dr. Schairers geschrieben: Das Ausschlaggebende bei den Plänen ist, daß sie richtunggebend in die Zukunft weisen. Es sind Ansätze zu einem grundlegenden Umbau der Hochschule und der höheren Schule, den wir in sozialistischer Hochschulpolitik fortzuführen und zu vollenden haben.

Reform für die Reaktion?

zwei oder drei Semester sich erstreckende Leistungskontrolle". Aehnliches fordert der AFA-Bund in seinem Hochschulprogramm. Dr. Schairer ist also durch den Druck der Tatsachen auf durchaus sozialistische Gedankengänge gedrängt worden.

grundbesitzer, die schon so unzählige Millionen geschuldet haben, nach ihren eigenen Auslassungen nicht auch solche besageneren Landwirte? Will Herr Dr. Schairer, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Studentenwerkes, die Wege ebnen, damit künftige deutsche Studenten billigere Erntearbeiter sein müssen als die bisher so beliebten (und beschimpften) polnischen Landarbeiter?

Das Werkjahr will von Ostern 1933 an alle höheren Schüler, die zur Hochschule gehen wollen, für ein Jahr lang zu praktisch-körperlicher Arbeit verpflichten. Es ist also die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für Studenten.

Das Ausschlaggebende bei den Plänen ist, daß sie richtunggebend in die Zukunft weisen. Es sind Ansätze zu einem grundlegenden Umbau der Hochschule und der höheren Schule, den wir in sozialistischer Hochschulpolitik fortzuführen und zu vollenden haben. Das studentische Werkjahr kann der Förderung der Sozialistischen Studentenschaft nach einer Ausrichtung des Studiums auf die soziale Funktion entsprechen und die völlige Isolierung der Hochschulen, die heute Fremdkörper im Volke sind, überwinden helfen.

Nun muß allerdings die mögliche Kehrseite dieser Pläne, die Entwicklung zur Reaktion, ebenso klar erkannt werden, um so mehr als ihre Träger der Reaktion näher stehen als dem Sozialismus. Denn Dr. Schairer und das Deutsche Studentenwerk wollen mit ihren Forderungen keineswegs sozialistische Hochschulpolitik auch nur begünstigen, und daß die Regierung Papen, vor allem der Reichswehrminister Schleicher, die Reformpläne aufgreift und so schnell verwirklichen will, läßt vermuten, daß eine "Reform" nach rückwärts gemeint ist.

Wie sollen ferner tausende Studenten als nur angeleitete Facharbeiter bei Arbeitslosigkeit ihr Brot finden, wenn zehntausende aus gelehrten und geübten Facharbeitern schon jahrelang vor den Nachweihen stehen? Beabsichtigt man, aus diesen vielleicht willigen Kräften eine industrielle Reservearmee zu bilden, die bei Arbeitskämpfen eingesetzt werden kann? Wie leicht ist es möglich, daß aus den Reihen der Werkjahrstudenten Ehrgeizige aufsteigen, die in den Fabriken als Lohnarbeiter, Aufsicher und dergleichen eine Karriere machen wollen.

Hilfe für Verbrecher?

Vorschläge eines Juristen / Von Dr. S. Weinberg

Die Erkenntnisse der modernen Psychologie in ihrer Anwendung auf Strafrecht und Straf Vollzug beleuchtet der Münchener Rechtsanwalt Eugen Schmidt in seiner Schrift "Das Verbrechen als Ausdrucksform sozialer Entmutigung". Die Erkenntnisse der modernen Psychologie in ihrer Anwendung auf Strafrecht und Straf Vollzug beleuchtet der Münchener Rechtsanwalt Eugen Schmidt in seiner Schrift "Das Verbrechen als Ausdrucksform sozialer Entmutigung".

Daß auch andere Faktoren eine bedeutende Rolle spielen. So stellt er mit Recht fest, daß die Gesellschaft am Entstehen der Verbrechen mitschuldig ist: "Diese Mitschuld der Gesellschaft besteht nicht zum wenigsten darin, daß es ihr bis heute nicht gelungen ist, eine Organisation zu schaffen, welche wirtschaftliche und politische Katastrophen wie die der letzten Jahre zu verhindern imstande ist."

Der Idee des Werkjahres liegen folgende Absichten zugrunde: Durch Einschlebung eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule soll für 1933 einmal der Zugang von etwa 30 000 jungen Studenten verhindert werden, wodurch in einigen Jahren der akademische Markt für ein Jahr die gleiche Entlastung erfahren wird.

Das akademische Freijahr will die Erfahrungen und Vorteile des amerikanischen Altakademiker-Studienjahres, des "Sabbatical Year", mit einer finanziellen Selbsthilfe des akademischen Standes verbinden. Danach soll jeder beruflich tätige Akademiker für die nächsten zehn Jahre monatlich 3 Prozent seines Einkommens zugunsten des notleidenden akademischen Nachwuchses abführen.

Wenn der Verbrecher an sozialer Isolierung leidet, dann muß es Aufgabe des Strafvollzugs sein, diese Entmutigung und Isolierung zu bekämpfen. Der Verbrecher muß eine neue Lebenslinie gewinnen, er muß so weit kommen, daß er die feindselige Haltung gegen die Umwelt aufgibt. Durch die heute üblichen Strafverfahren wird aber die soziale Entmutigung noch verstärkt. Durch die Strafe wird der Verbrecher noch mehr in die feindselige Einstellung getrieben.

So ergibt sich bei der kritischen Betrachtung des Werkjahrplanes für die Arbeiterchaft eine Fülle ernstester Probleme. So richtig die Gedanken an sich sind, so entscheidend ist es, wer sie verwirklicht. In einer Erklärung des Hauptverbandes der Sozialistischen Studentenschaft zum Werkjahr (Funktionsblatt Oktober) heißt es daher: "Wenn die Einführung eines Werkjahres nur auf Verlängerung des Hochschulstudiums um zwei Semester Arbeitsdienstpflicht und Wehrsport hinausläuft, kann es eine weitere Überfüllung der akademischen Berufe nicht verhindern."

In ähnlicher Weise äußert sich auch der Vorstand des Deutschen Studentenverbandes, der Epigenorganisation der republikanischen Studenten. In einer Erklärung der reaktionären Deutschen Studentenschaft heißt es dagegen: "Die Deutsche Studentenschaft begrüßt den Plan, denn dieser Plan kommt den Wünschen der Studenten sehr entgegen."

Die Aufgabe des akademischen Freijahres ist also, so schnell wie möglich eine große Zahl junger Akademiker in Berufstätigkeit zu bringen. Andererseits sollen die heute überflüssigen Akademiker durch das Freijahr Gelegenheit haben, erneut "Studenten" zu werden, um ihre Kenntnisse dem neuesten Stand der Wissenschaft wieder anzugleichen oder im Zustand zu erweitern.

Wenn auch die Jugendergebnisse den entscheidenden Einfluß auf das Werden des Verbrechers ausüben, so übersteht Schmidt doch keineswegs,

Es zeigt sich also, daß eine an sich gute Sache durch andere Absichten in ihr Gegenteil verkehrt werden kann und es daher ganz darauf ankommt, wer die Reformen durchführt. Der militaristisch-autoritären Regierung Papen muß auch in dieser Hinsicht mit stärkstem Mißtrauen begegnet werden. Ihre "grundständig neue Staatsführung" besteht darin, daß von den ministeriellen Vorarbeiten zur Verwirklichung des Werkjahres nichts bekannt wird. Wenn aber die Mitarbeit der Parlamente und die Kontrolle der Deffektivität ausgeschlossen sind, ist zu befürchten, daß trotz aller schönen Pläne die Rechte des Volkes mißachtet werden.

